

Haushalt 2016 des Kreises Borken
Stellungnahme der UWG/Stadtpartei-Fraktion
Borken, den 25.02.2016 (Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Zwicker,
sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Einbringung des Haushaltsentwurfes im vergangenen Dezember hat uns der Landrat eindringlich vor Augen geführt, welche Risiken und Unwägbarkeiten sich für das aktuelle Jahr abzeichnen und für einen „Puffer“ von ca. 8 Millionen Euro im Budget geworben, um diesen Umständen zu begegnen. Er wollte sogar eine Wette darauf eingehen, dass sich die Fraktionen und Gruppen in den Haushaltsberatungen überbieten würden, wer den Umlagehebesatz noch würde weiter absenken können. Passiert ist das nicht. Stattdessen legt uns nun die die Verwaltung selbst einen Vorschlag vor, den geplanten Hebesatz von 29,4% auf tatsächlich 28.8% weiter abzusenken und damit die Ausgleichrücklage nahezu komplett einzusetzen!

Es wird sie nicht verwundern meine Damen und Herren, dass dieser Vorschlag die Zustimmung der **UWG / Stadtpartei-Fraktion** finden wird und zwar gerade nicht, weil es sich hier um einen parteipolitischen Streit, wie vom Landrat irrtümlich angenommen handelt, sondern weil es unserer festen Überzeugung entspricht, dass die Kommunen jegliche Entlastung benötigen, die wir ihnen zukommen lassen können. Aber wie ist das möglich? Hat sich ein Sinneswandel in den letzten zwei Monaten vollzogen? Nein, vielmehr zeichnet sich das ab, was in den vergangenen Jahren immer wieder passierte und wir im letzten Jahr schon prognostiziert haben. Der Jahresabschluss 2015 wird sich um weitere 3.0 Millionen Euro auf dann 6.9 Millionen Euro verbessern! Damit ist der „Puffer“ wieder hergestellt und alles bleibt wie bisher. Nicht das Sie mich falsch verstehen, viele Punkte sind absolut richtig:

01. Die rein formale Haushaltssystematik lässt gar keinen anderen Ablauf zu, da wir den Jahresabschluss 2015 erst ordnungsgemäß feststellen müssen, um die Rücklagen weiter abzusenken.
02. Im Kreis Borken haben wir im Vergleich zu den anderen Landkreisen in NRW einen historisch niedrigen Hebesatz und das Jahr für Jahr, worauf wir zu Recht stolz sein dürfen!
03. Die Flüchtlingssituation stellt große Herausforderungen an unser Land und hält für das Jahr 2016 viele Unwägbarkeiten bereit, welche noch nicht genau zu beziffern sind.

Aber auf wen wird die Hauptlast dieser, wie manche sagen „historischen“ Aufgabe, zukommen? Ich kann es Ihnen sagen – auf die Städte und Gemeinden!

Der Landrat hat völlig Recht, wenn er sagt, dass der Bund und die Länder diese Herausforderung ohne den Einsatz durch die kommunale Familie, die Hilfsorganisationen und das überwältigende ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger nicht geschafft hätten, wenigstens die schlimmste Not zu lindern. Dafür gebührt allen Beteiligten unser Dank und unsere Anerkennung!

Nachdem die Notlage jetzt halbwegs im Griff ist, gilt es nun dauerhafte Lösungen zur Unterbringung und Integration der Menschen in unsere Gesellschaft zu finden. Hier warten die nächsten Herausforderungen auf uns. Für den Kreis Borken heißt dies sicherlich, dass ein erhöhter Personalaufwand im Budget 10 – Sicherheit und Ordnung, sowie im Budget 02 – Jugend und Familie insbesondere für die unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen erforderlich ist. Dem ist auch durch den geänderten Stellenplan der Verwaltung bereits Rechnung getragen worden. Außerdem werden viele Flüchtlinge einen Wechsel vom Rechtskreis Asylbewerberleistungsgesetz hin zum SGB II vollziehen. Hier ist mit der Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen dem Kreis Borken, den Kommunen und der Agentur für Arbeit in dem sogenannten „*Integration Point (IP)*“ der ebenfalls richtige Weg eingeschlagen worden. Aber damit darf es nicht enden! Gerade im Bereich Beschäftigung müssen wir niedrighschwellige Angebote unterbreiten, damit den Menschen eine sinnvolle Perspektive geboten wird. Ebenso gilt es die Angebote im Bereich der Sprachqualifizierung auszuweiten. Hier kann und muss der Kreis mehr anbieten, damit die Integration gelingen kann und aufgrund des „*Puffers*“ im Haushalt hat er auch die Mittel hierfür.

Wie bereits ausgeführt werden allerdings die Kommunen die Hauptlast der zu bewältigenden Aufgabe tragen müssen. Leider zeichnet sich ab, dass der Bund für diese Aufgaben kein zusätzliches Geld bereitstellen will. Finanzminister Schäuble möchte die „*schwarze Null*“ auch im Bundesetat 2017 unbedingt halten und keine weiteren Schulden aufnehmen. Angezeigt wäre aber ein massives Investitionsprogramm in den Bereichen Wohnungsbau, Integration und Beschäftigung! Wer glaubt diese Aufgaben könnten sozusagen „*nebenher*“ erledigt werden, der irrt gewaltig. Hoffen wir, dass der neue parlamentarische Staatssekretär für Finanzen - unser ehemaliger Kreistagskollege Jens Spahn - sich noch bei den anstehenden Beratungen an die Nöte der Städte und Gemeinden vor Ort erinnert und nicht nur dem unsinnigen Spardiktat seines Ministers folgt. Aber auch das Land NRW ist gefordert. Es kann nicht sein, dass ständig Teile der Gelder des Bundes in Düsseldorf hängen bleiben und nicht zu 100% an die Kommunen durchgereicht werden. Die südlichen Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg zeigen hier eindrucksvoll, dass das auch anders und besser geht!

„*Wir schaffen das, denn Deutschland ist ein starkes Land!*“ sagte die Bundeskanzlerin in ihrer Neujahrsansprache zum Jahreswechsel und ich persönlich glaube, sie hat Recht! Wer, wenn nicht wir in Europa und Deutschland sollte es denn überhaupt schaffen? Geschätzte Zahlen gehen davon aus, das derzeit alleine in der Türkei über 2 Millionen syrische und irakische Bürgerkriegsflüchtlinge leben. Nochmals 1 Million im Libanon und weitere 600.000 in Jordanien und da sind die Flüchtlinge aus anderen Ländern noch nicht einmal berücksichtigt! Ich frage mich, wie diese Länder das schaffen? Sind sie denn wirklich so viel leistungsfähiger als wir? Ich glaube nicht! Das Machbare ist keine Frage von „*Sozialromantik*“, sondern vielmehr eine Frage des eingesetzten Geldes, der europäischen Solidarität und realistischen Umsetzungsstrategien. Und diese Rahmenbedingungen müssen endlich geschaffen werden, ansonsten wird es tatsächlich schwierig.

Denn die vielbeschworenen „Alternativen“ sind doch keine wirklichen Alternativen. Zurück zu nationalstaatlichen Lösungen? Zäune errichten und raus aus EU und dem Euro? Aufgabe der europäischen Grundidee des 21. Jahrhunderts von Einheit in Vielfalt der Sprachen, Kulturen und Religionen?

Gerade wir in der EUREGIO wissen doch welche Vorteile die Grenzfreiheit für uns alle bietet, sei es wirtschaftlich, aber auch gesellschaftlich. In den 90er Jahren standen wir schon einmal vor einer vergleichbaren Herausforderung. Die deutsche Einheit war gerade vollzogen worden und durch den Balkankrieg und den Zusammenbruch der Sowjetunion kamen ebenfalls hunderttausende Menschen zu uns. Auch damals gab es Proteste und sogar Tote bei Anschlägen in Mölln und Solingen und rechtspopulistische Parteien erzielten zweistellige Wahlergebnisse. Geschichte wiederholt sich und gerade deshalb müssen wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und es diesmal besser machen!

Unter diesen Aspekten könnten wir als **UWG / Stadtpartei** dem vorliegenden Haushaltsentwurf für das Jahr 2016 zustimmen, wenn es nicht Entscheidungen der CDU Kreistagsmehrheit gäbe, welche für uns absolut nicht tragbar sind.

Zum einen ist das sicherlich die stetige Verweigerung die Verbraucherzentrale angemessen für ihre Arbeit auch über Gronau hinaus zu unterstützen. Es ist absolut unstrittig, dass hier Leistungen für den Kreis erbracht werden. Insofern wäre es nur gerecht, dass auch eine Beteiligung durch den Kreis erfolgt. Niemand stellt sich gegen eine Reformierung der Leistung, aber es ist ein Trugschluss zu glauben, dass das mit dem bisher eingesetzten Personalaufwand zu bewerkstelligen ist. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass persönliche Befindlichkeiten einzelner Kreistagsmitglieder wichtiger als die Sache an sich sind. Wie sonst soll man die Aussagen vom CDU-Kollegen Jasper verstehen, wenn er groß verkündet: „*Ich finde es super, dass sich jetzt alle auf den Weg machen, um das (Anm.: eine gemeinsame Lösung) anzugehen.*“ Gleichzeitig aber die konkreten Anträge auf Unterstützung in Höhe von ein paar zehntausend Euro mit dem Hinweis auf das hohe Gewerbesteueraufkommen der Stadt Gronau verweist, während er gleichzeitig auf einem Budget von einer halben Milliarde Euro im Kreis sitzt und nicht einen Euro für die Verbraucherberatung übrig hat? Hier passen Aussage und Handeln nicht mal ansatzweise zusammen!

Wahrscheinlich wird der Erkenntnisgewinn bei der CDU in dieser Angelegenheit ähnlich lange dauern wie bei der Einrichtung eines kommunalen Integrationszentrum (KI). Wenn ich mich richtig entsinne, hat die SPD den Antrag hierfür schon vor mehr als 3 Jahren gestellt und heute haben wir endlich die Vorlage beschlussreif vor uns liegen. Da kann man nur sagen, dass ging ja „*Ruck Zuck*“ mein lieber Mann! Zwischenzeitlich haben fast alle Kreise und kreisfreien Städte ein KI. Der 50. Standort wurde vor ein paar Tagen im Kreis Coesfeld eröffnet. Nur hier im Kreis Borken musst die Verwaltung auf Drängen der CDU langwierig prüfen, ob es nicht eine ganz spezielle Lösung nur für uns geben könne. Gibt es natürlich nicht und so machen wir dann jetzt endlich das, was wir auch schon 2013 hätten machen können, aber besser spät als nie. Wenn wir bei der Verbraucherzentrale auch so lange warten, wird es nur keine mehr geben. Das sollten Sie bedenken!

Das es auch schnell gehen kann, wenn man (oder besser gesagt „die CDU“) nur will, zeigt sich dagegen beim Langzeitthema Tierheim in Ahaus. Da ist es kein Problem für die Kreistagsmehrheit mal eben weitere **225 TEURO** für eine Abbiegespur zur Verfügung zu stellen, wenn die Stadt kein passenderes Grundstück für das Vorhaben findet. Ebenso bekommt der Flughafen Münster-Osnabrück (FMO) jedes Jahr weiter gut **70 TEURO** zur Verfügung gestellt. Das ist natürlich überhaupt kein Problem und da bedarf es auch keiner langwierigen Prüfung! Immerhin hat jetzt auch der Kämmerer erkannt, dass ein Ausstieg aus dem Projekt eine Option sein könnte und kann sich den Verkauf der Anteile an die übrigen Anteilseigner vorstellen. Wir als **UWG / Stadtpartei** begrüßen mehrheitlich dieses Ansinnen und sind dazu bereit.

Sorgen bereitet uns der Zustand unserer Bäche und Gewässer. Die seit Anfang des Jahres bekannt gewordenen Verunreinigungen, hauptsächlich hervorgerufen durch Abwasserpilze, müssen schnellstmöglich beendet werden. Allerdings darf es hier nicht zu pauschalen Verurteilungen der Landwirte kommen. Wie bei allen Vergehen oder Vorfällen gehören die Umstände und die Verursacher sauber ermittelt. Überprüft werden muss auch, ob und wann die zuständigen Behörden über die Missstände informiert wurden und welches Handeln daraus abgeleitet wurde. Hier gibt es für uns noch einigen Klärungsbedarf über das akute Handeln hinaus.

Abschließend möchte ich mich im Namen der **UWG / Stadtpartei – Fraktion** beim Landrat, dem Kämmerer und seinem Team und der Verwaltung bedanken, für die gute Arbeit die bei der Aufstellung dieses wahrlich nicht einfachen Haushaltsentwurfes geleistet wurde. Vielen Dank!

Ob wir dem Entwurf zustimmen können, liegt nun daran, ob die CDU – Mehrheitsfraktion sich in der Frage der Finanzierung der Verbraucherzentrale bewegt, oder eben nicht. Ich bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Jörg von Borczyskowski
(UWG/Stadtpartei-Fraktion im Borkener Kreistag)